

Wenig Überraschungen

Die Wahlprogramme der Parteien über Hochschulen und Wissenschaft

| DOKUMENTATION | Die Parteien, die an der Bundestagswahl teilnehmen, äußern sich auch zu Themen der Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Ein zusammenfassender Überblick über die Positionen der Parteien, die derzeit im Bundestag vertreten sind und der, denen man eine Chance auf Einzug gibt.

CDU/CSU

Die CDU/CSU findet nur wenige Sätze zu Hochschulen und Wissenschaft. Sie will in der Nachfolge des auslaufenden Hochschulpakts mit den Ländern gute Lehre und digital innovative Universitäten und Fachhochschulen stärken. Auch will sie sich für die Durchlässigkeit zwischen Schultypen und Ausbildungswegen einsetzen. CDU und CSU wollen bis 2025 die Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf insgesamt 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen.

SPD

Die SPD schreibt in ihrem Wahlprogramm gleich zu Beginn des Abschnitts über „Gute Hochschulen“, dass sie die befristeten Mittel der Wissenschafts- und Hochschulpakete auch nach 2019/20 erhalten und in eine „verlässliche und dauerhafte Finanzierung“ überführen will. Der Bund werde gemeinsam mit den Ländern und der Wissenschaft die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken. Weiter will die SPD Anreize für verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft setzen und die Befristungen deutlich verringern. Sie setzt sich für einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent in Führungspositionen in der Wissenschaft ein und will eine verbindliche Quote für alle „direkt personalwirksamen Maßnahmen des Bundes“. Um die Lehrqualität zu verbessern und die Zahl der Studienabbrüche zu senken, fordert die SPD eine bessere Betreuung der Studierenden. Eine „hervorragende Lehre“ werde ein Kernpunkt ihrer Hoch-

schulpolitik sein. Weiter fordert sie, dass sich die Universitäten bei neuen Promotionsmodellen stärker Kooperationen mit Fachhochschulen öffnen sollen. Um die Digitalisierung zu fördern, will die SPD eine Ausstattungsiniziativa für die Hochschulen starten. Sie will Open Access weiter voranbringen und fordert ein wissenschaftsfreundliches Urheberrecht. Der Gesetzgeber müsse entscheiden, was als lizenzfreier Basiszugang gewährleistet werden muss. Sie will mehr Rechtssicherheit für alle schaffen, dabei auch den Interessen der Urheber Rechnung tragen und eine faire Vergütung für die Nutzung ihrer Werke sicherstellen. Fachhochschulen sollen mit einem Bund-Länder-Programm dabei unterstützt werden, zusätzliches wissenschaftliches Personal zu gewinnen. Die SPD will den „Erfolg der Bologna-Reformen“ sichern. Die „ausufernde Zahl“ von verschiedenen, sehr ausdifferenzierten Studiengängen will sie „deutlich begrenzen“. Bachelor-Absolventen und Absolventen mit Promotion oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung will sie den Zugang zum höheren Dienst des Bundes vollständig öffnen. Außerdem soll die Zahl der Masterstudienplätze erhöht werden.

Die Linke

Die Linke lehnt die Gestaltung von Hochschulen und Universitäten als „unternehmerische Hochschulen“, deren Ziel es sei, Wissenschaft, Bildung und Forschung „wirtschaftlich verwertbar“ zu machen, dezidiert ab. Stattdessen will sie sich für eine soziale, demokrati-

sche, offene und solidarische Hochschule einsetzen. Sie will ein neues Hochschulzugangsgesetz vorschlagen, um Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen wie Numerus Clausus, Auswahlgespräche, IQ-Tests oder Bewerbungsgespräche zu überwinden. Auch müsse der Zugang zum Master zulassungsfrei sein. Dafür müssten Masterstudienplätze bedarfsgerecht ausgebaut werden. Studiengebühren für Menschen mit und ohne deutschem Pass sollen abgeschafft werden. Die Linke kritisiert den „neoliberalen Bologna-Prozess“. Um die Hochschulen für Geflüchtete zu öffnen, müssten zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Sie plädiert für ein allgemeines politisches Mandat der Studierendenenschaften, um die Demokratisierung der Hochschulen voranzubringen. Hochschulgremien sollen paritätisch besetzt werden, so dass alle Statusgruppen, auch die Studierenden, gleich stimmberechtigt vertreten sind. Statt „einseitiger Stärkung der Hochschulleitung“ sei eine Stärkung der demokratisch durch alle Hochschulangehörigen gewählten Hochschulgremien notwendig. Gremien, die sich an Aufsichtsräte anlehnten, wie z. B. Hochschulräte, sollen laut Wahlprogramm abgeschafft werden. Stattdessen will die Linke Beiräte installieren, die aus der Zivilgesellschaft besetzt werden sollen. Der Hochschulpakt soll nach Ansicht der Linken entfristet und zu einem „Dauerzuschuss“ werden. Statt „einseitiger Exzellenz-Förderung“ benötige man eine öffentliche Ausfinanzierung. Die Exzellenzinitiative müsse eingestellt und die Mittel für die Grundfinanzierung verwendet werden. Die Linke fordert weiter, den wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Unter- und Mittelbau zu stärken. Kettenbefristungen sollten beendet werden. Auch ein bundesfinanziertes Anschubpro-



Foto: picture-alliance

gramm für 100 000 unbefristete Stellen sei notwendig. „Statt von einzelnen Professorinnen und Professoren abhängig“ zu sein, soll der wissenschaftliche Nachwuchs Abteilungen (Departments) zugehören. Qualifikationsstellen von Doktoranden und Doktoranden müssten mit 100 Prozent vergütet werden. Die Linke fordert eine 50-prozentige Frauenquote auf jeder Karrierestufe und will das Professorinnen-Programm zu einem Programm für die Förderung von Frauen auf allen Karrierestufen weiterentwickeln. Sponsoringverträge u.Ä. zwischen öffentlichen Hochschulen und privaten Unternehmen müssten offen gelegt werden. Die Linke will eine Wissenschaftsschranke für Bildung und Forschung im Urheberrecht verankern. Das Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftler müsse von einschränkenden Vorgaben befreit werden. Sie tritt für Open-Access-Strategien für Forschungsergebnisse ein. Die Linke fordert Zivilklauseln an allen Hochschulen.

Bündnis90/Die Grünen

Bündnis90/Die Grünen fordern vor allem mehr Bildungsgerechtigkeit, um „allen Studienchancen zu eröffnen“. Jeder müsse unabhängig vom „Geldbeutel der Eltern und von der Herkunft“ studieren können. Deshalb soll die Studienfinanzierung grundlegend geändert werden. In einem ersten Schritt will die Partei

das BAföG automatisch und regelmäßig erhöhen inklusive einer ortsabhängigen Wohnpauschale. Im zweiten Schritt soll die Studienfinanzierung zu einem Zwei-Säulen-Modell weiterentwickelt werden.

FDP

Die FDP hat sich „weltbeste Bildung für jeden“ auf die Fahnen geschrieben. Sie will Deutschland „an die Spitze der Bildungsnationen der Welt“ zurückführen. Dafür sollen die Ausgaben für Bildung so erhöht werden, dass Deutschland gemessen am Staatshaushalt zu den führenden fünf Ländern der 35 OECD-Staaten zählt. Die dafür notwendige Modernisierung des Bildungssystems sei eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Deshalb müsse der Bildungsföderalismus reformiert werden. Die FDP will den finanziellen Grundbedarf der Hochschulen absichern, um den Wettbewerb um Studierende anzuregen. Die Berechnung der Ausbildungskapazitäten sowie die staatliche Festsetzung von Zulassungszahlen sei dann überflüssig. „Wenn die Hochschulen für jeden aufgenommenen Studierenden einen Betrag in einer Höhe erhalten, die den Kosten des Studiengangs gerecht wird, dann werden sie so viele Studierende aufnehmen, wie es ihre Kapazitäten erlauben“, heißt es im Programm. Um gute Studienbedingungen zu erreichen will die FDP einen

bundesweiten Fonds errichten, in denen jedes Land nach dem Königsteiner Schlüssel einzahlen soll, d. h. anteilig nach Steueraufkommen und Bevölkerungszahl. Für jeden eingeschriebenen Studierenden erhalte die Hochschule einen Betrag aus dem Fonds. Auch will die FDP eine leistungsorientierte Förderung von mindestens 15 Prozent der Studierenden mit Stipendien anstreben. Die FDP setzt sich für Open Access ein. Auch sollen ihrer Ansicht nach die Hochschulen nachgelagerte Studienbeiträge erheben dürfen, und zwar nach dem Abschluss. So könnten Generationen von ehemaligen Studierenden über einen umgekehrten Generationenvertrag zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen.

AfD

Die AfD sieht den Bologna-Prozess als gescheitert an und will Diplom- und Magisterstudiengänge wieder einführen. Die Modularisierung des Studiums und die Akkreditierungsagenturen sollen abgeschafft werden. Das Promotionsrecht müsse den Universitäten vorbehalten und Deutsch als Lehr- und Wissenschaftssprache erhalten bleiben. Auch will sie die Grundfinanzierung der Hochschulen erhöhen, um die Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern.

Zusammenfassung: Felix Grigat